

Evangelischer
Kirchenkreis
Dortmund

EVANGELISCHE KIRCHE IN
DORTMUND•LÜNEN•SELM



RECHTSPOPULISMUS IST KEINE OPTION

Zum demokratischen
Gehalt der Partei
**„Alternative für
Deutschland“ (AfD)**

I. Warum eine Bewertung der „AfD“ aus christlicher Sicht?

(Alle Ziffern in Klammern sind Verweise auf die entsprechenden Seiten im Parteiprogramm der AfD. Weitergehende Hinweise finden Sie auf der Rückseite des Flyers.)

In Deutschland gibt es seit 2013 eine neue politische Kraft, die Alternative für Deutschland. Sie selbst schreibt, sie bestehe aus Liberalen und Konservativen, freien Bürgern und Demokraten (6). Politikwissenschaftlich kann sie aber als rechtspopulistisch eingeordnet werden. Dafür gibt es drei Kennzeichen:

- Harsche Ablehnung sog. politischer **Eliten**, die sich vermeintlich vom „Volkswillen“ und einer schweigenden Mehrheit entfernt haben.
- Scharfe Abgrenzung und Ausgrenzung von bestimmten (ethnischen, religiösen, kulturellen) Gruppen im eigenen Land, die angeblich nicht zum eigenen „**Volk**“ gehören.
- Die für **Populismus** typische Methode, komplexe politische und gesellschaftliche Sachverhalte in unzulässiger Weise so zu vereinfachen, dass sie den Sachverhalten kaum noch entsprechen.

Derzeit ist die Weiterentwicklung der Partei unklar. Gestritten wird um den Einfluss der extremistischen Strömung „Der Flügel“, vertreten durch Björn Höcke aus Thüringen und Andreas Kalbitz aus Brandenburg. Teile der Partei stehen bereits unter Beobachtung des Verfassungsschutzes, so die Jugendorganisation „Junge Alternative“ und der Landesverband Brandenburg.

Es ist nicht die Aufgabe der Kirche, einzelne Parteien zu bewerten. Christinnen und Christen sind frei, ihre politischen Entscheidungen selbst zu fällen. Es ist aber die Aufgabe der Kirche, „in den großen Entscheidungsfragen der Gesellschaft klare und eindeutige Orientierungspunkte“ zu nennen (EKD-Demokratiedenkschrift). Die Öffentlichkeit hat einen Anspruch zu erfahren, was die Kirche zu wichtigen gesellschaftlichen Fragen zu sagen hat.

Grundlegende, biblisch begründete Orientierungspunkte, an denen sich evangelische Christ*innen bei der Einschätzung von politischen Akteur*innen orientieren, sind:

- Das Eintreten für Menschenwürde und Menschenrechte eines jeden Menschen in universalistischer Gültigkeit,
- das Bekenntnis zur pluralen Demokratie und zum Rechtsstaat,
- die unbegrenzte Gültigkeit von Nächstenliebe und Solidarität für alle Menschen, und nicht zuletzt
- der Schutz von Geflüchteten.

Die Evangelische Kirche bekennt sich nachdrücklich zum politischen Pluralismus und zur besonderen Rolle von Parteien für die politische Willensbildung, wie im Grundgesetz angelegt. Die Kirche als Institution hält dabei gleichen Abstand zu allen Parteien und kritisiert auch jede Partei, wenn dies von der christlichen Ethik her erforderlich ist. Wenn eine Partei allerdings Demokratie und Menschenrechte infrage stellt, geht es ums Grundsätzliche.

Bei der AfD sind gravierende Grenzüberschreitungen in Hinsicht auf Demokratie und Menschenwürde zu beobachten. Deshalb sind Christ*innen herausgefordert, Stellung zu der Partei zu beziehen, die nicht weniger als eine Alternative für Deutschland sein will.

Dabei darf nicht aus dem Blick geraten, dass die Partei auch von Mitgliedern der Evangelischen Kirche gewählt wird und Inhaber*innen von Ämtern und Mandaten der Partei sich zur Evangelischen Kirche zählen. Dies verstärkt den Anspruch einer genauen und nachvollziehbaren Beurteilung aus christlicher Sicht. Zugleich gibt es massive Angriffe von Teilen der Partei auf die Evangelische Kirche.

Der EVANGELISCHE KIRCHENKREIS DORTMUND setzt sich selbst seit Jahren gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit ein und für Demokratie und Rechtsstaat, den Interreligiösen Dialog und den Schutz von Geflüchteten.

Basis der hier vorgenommenen Beurteilung ist das „Grundsatzprogramm“ der AfD, das sich die Partei im Mai 2016 gegeben hat. Ein solches Parteiprogramm eignet sich für eine grundsätzliche Analyse, weil es von einem Parteitag beschlossen wurde, maßgeblich für die Identität einer Partei ist und für einen langen Zeitraum gelten soll. In diesem Flyer werden ausgewählte Beispiele analysiert, die aus Sicht der Evangelischen Kirche von besonderer Bedeutung sind.

Manche Aussagen im Grundsatzprogramm der AfD sind Teil des pluralistischen Meinungsspektrums. Es finden sich dort aber in überraschender Deutlichkeit auch Positionen, die im Widerspruch zu Überzeugungen der Evangelischen Kirche stehen. So wird in manchen die Demokratie grundsätzlich infrage gestellt, es gibt völkisch-nationalistische Töne und Stimmungsmache gegen Minderheiten.

Erstaunlicherweise reicht es vielfach zu lesen, was im Parteiprogramm steht. Manche Begriffe bedürfen aber auch der genaueren Interpretation.

Bitte, bilden Sie sich Ihre eigene Meinung.

II. Eine Analyse des Parteiprogramms an Beispielen



Beispiel 1

Demokratie in Deutschland – ein „illegitimer Zustand“?

„Es hat sich eine politische Klasse von Berufspolitikern herausgebildet, deren vordringliches Interesse ihrer Macht, ihrem Status und ihrem materiellen Wohlergehen gilt. Es handelt sich um ein politisches Kartell, das die Schalthebel der staatlichen Macht ... und große Teile der Versorgung der Bevölkerung mit politischen Informationen in Händen hat. Nur das Staatsvolk der Bundesrepublik Deutschland kann diesen illegitimen Zustand beenden.“ (8)

Schon am Anfang des Parteiprogramms wird der Eindruck erweckt, die Demokratie in Deutschland sei weitgehend außer Kraft gesetzt. Die politische Situation in Deutschland wird unverblümt als *illegitimer Zustand* bezeichnet (8). Es wird behauptet, nicht mehr das Volk sei der Souverän, sondern die Berufspolitiker*innen, die sich an seine Stelle gesetzt hätten.

▶ **Die AfD erweckt den Eindruck, die Demokratie sei in Deutschland faktisch abgeschafft und das Volk werde durch die Politiker*innen von der Macht ferngehalten.**



Beispiel 2

Vertreten die Abgeordneten nicht mehr die Bürger*innen?

„Parteien sollen am politischen System mitwirken..., es aber nicht beherrschen.“ (11)

Auch die Evangelische Kirche sieht manche Aspekte der Parteidemokratie kritisch. Im Grundsatzprogramm der AfD driftet die Bewertung allerdings eindeutig in den rechtspopulistischen Bereich:

„Die Allmacht der Parteien und deren Ausbeutung des Staates gefährden unsere Demokratie. Diese Allmacht ist Ursache der verbreiteten Politikverdrossenheit und nicht zuletzt auch Wurzel der gesellschafts-

schädigenden politischen Korrektheit und des Meinungsdictates in allen öffentlichen Diskursen.“ (11)

So wird aus der Forderung, den Einfluss der Parteien zu begrenzen plötzlich ihre *Allmacht*, eine *Ausbeutung des Staates* durch die Parteien und ein *Meinungsdictat*. Diese problematischen Aussagen münden schließlich in eine unglaubliche Behauptung mit weitreichenden Folgen:

„Die Abgeordneten unserer Parlamente haben ihre Funktion als Mandatare der Bürger verloren. Ihre Loyalität gilt zuerst der politischen Partei, der sie angehören.“ (11)

Diese Sätze muss man zweimal lesen. Sie besagen letztlich nichts anderes, als dass das gesamte System der repräsentativen Demokratie in Deutschland längst zusammengebrochen sei. Denn die Aussage, Abgeordnete seien nicht mehr *Mandatare* – also Vertreter*innen – der Bürger*innen, wird ohne Einschränkungen formuliert! *Die Abgeordneten* heißt es, nicht einige oder viele. Nun ist Kritik sicher zulässig, Abgeordnete seien oftmals zu abhängig von ihren Parteien. Diese Sätze der AfD bestreiten aber grundsätzlich die Legitimität aller Abgeordneten in allen Parlamenten als Volksvertreter*innen.

▶ **Aus Sicht der AfD vertreten sämtliche Abgeordneten nicht mehr das Volk. Das verschärft die schon erwähnte Behauptung, die Demokratie sei in Deutschland faktisch abgeschafft.**



Beispiel 3

Warum fordert die AfD Volksabstimmungen?

„Die AfD setzt sich dafür ein, Volksentscheide in Anlehnung an das Schweizer Vorbild auch in Deutschland einzuführen. [...] Das deutsche Volk ist ebenso mündig wie das der Schweizer, um ohne Einschränkung über jegliche Themen direkt abzustimmen.“ (9)

Die Einführung von Volksabstimmungen (9) und auch eine Urwahl des Bundespräsidenten (13) wird auch von anderen seit Jahren diskutiert. Bei der AfD geht es dabei aber nicht wie sonst um Erweiterung des parlamentarischen Systems. Recht verstanden geht es bei ihr um nicht weniger als die vermeintliche Wiederherstellung der Demokratie. Denn vielfach ist im Text vom *Volk* und vom *deutschen Volk* die Rede. Dahinter steht die Fiktion, der Parlamentarismus verfälsche nur den Willen des Wahlvolkes, der Volkswille müsse sich

unmittelbar ausdrücken. Eine solche Behauptung ist ein typisches Merkmal des Populismus. Das passt gedanklich zu der oben zitierten Aussage, *nur das Staatsvolk* könne den vermeintlich *illegitimen Zustand* im Land beenden. (8)

► **Volksentscheide meinen nicht nur ein Mehr an Bürgerbeteiligung. Sie dienen der AfD dazu, der repräsentativen Demokratie des Grundgesetzes einen vermeintlich unmittelbaren *Volkswillen* entgegenzusetzen.**



Beispiel 4

Familienpolitik nur für „echte“ Deutsche?

„Den demographischen Fehlentwicklungen Deutschlands muss entgegengewirkt werden. Die volkswirtschaftlich nicht tragfähige und konfliktträchtige Masseneinwanderung ist dafür kein geeignetes Mittel. Vielmehr muss mittels einer aktivierenden Familienpolitik eine höhere Geburtenrate der einheimischen Bevölkerung als mittel- und langfristige einzig tragfähige Lösung erreicht werden. ... Dass die Geburtenrate unter Migranten mit mehr als 1,8 Kindern deutlich höher liegt als unter deutschstämmigen Frauen, verstärkt den ethnisch-kulturellen Wandel der Bevölkerungsstruktur.“ (41ff)

Es ist schwer, diese Gedanken nicht als rassistisch zu bezeichnen. Einheimische Bevölkerung und Migranten werden gegenübergestellt, obwohl ein Teil der deutschen Bevölkerung längst einheimisch gewordene Migrant*innen sind. Mehr Geburten soll es aber nur bei der einheimischen Bevölkerung geben. Kinder von Migranten werden negativ gesehen, weil sie nur den vermeintlichen *ethnisch-kulturellen Wandel* beschleunigen.

Die Definition der einheimischen Bevölkerung ist offensichtlich an einem kulturell-völkisch verstandenen „Deutschtum“ orientiert.

► **Die Ausführungen zur Familienpolitik unterscheiden ideologisch zwischen einheimischer Bevölkerung und Migrant*innen. Sie transportieren völkisch-nationalistische Grundgedanken aus der rechtsextremen, identitären Bewegung.**



Beispiel 5

Ist die nationale „Identität“ des „deutschen Volkes“ bedroht?

„Die Alternative für Deutschland bekennt sich zur deutschen Leitkultur ...“ (47)

„Die Ideologie des Multikulturalismus, die importierte kulturelle Strömungen auf geschichtsblinde Weise der einheimischen Kultur gleichstellt und deren Werte damit zutiefst relativiert, betrachtet die AfD als ernste Bedrohung für den sozialen Frieden und für den Fortbestand der Nation als kulturelle Einheit. Ihr gegenüber müssen der Staat und die Zivilgesellschaft die deutsche kulturelle Identität als Leitkultur selbstbewusst verteidigen.“ (47)

Diese Kritik an der *Ideologie des Multikulturalismus* ergibt sich aus dem Konzept des „Ethnopluralismus“ der Neuen Rechten. Das meint, dass jede ethnische Gruppe ihre Eigenarten hat und im eigenen Siedlungsgebiet leben darf, die Gruppen sich aber nicht vermischen sollen. Andere kulturelle Strömungen in Deutschland werden dementsprechend als *importiert* bezeichnet, ein kulturelles Miteinander als *geschichtsblind*. Darum heißt es, es gehe um nichts weniger als den Fortbestand der *Nation als kulturelle Einheit*.

Wo von der *deutschen kulturellen Identität* die Rede ist, werden ebenfalls Definitionen aus der Neuen Rechten verwendet. Denn *Kultur* ersetzt hier Worte wie „Deutschtum“ oder „Rasse“. Ähnlich wird im Rahmen der Identitären Bewegung statt von „biologischer Rassereinheit“ von „kultureller Reinheit“ geredet. Bei *Nation als kultureller Einheit* und *deutscher kultureller Identität* klingt das alles an, zumal, wenn es mit drastischen Drohungen über Konflikte und den Untergang verbunden wird.

► **Begriffe wie Multikulturalismus, Nation als kulturelle Einheit und deutsche kulturelle Identität beziehen sich auf die Gedankenwelt der Neuen Rechten. Das Parteiprogramm transportiert an diesen Stellen in besonderer Weise völkisch-nationalistisches und sogar rechtsextremes Gedankengut.**



Beispiel 6

Der Islam gehört nicht zu Deutschland?

„Der Islam gehört nicht zu Deutschland. In seiner Ausbreitung und in der Präsenz einer ständig wachsenden Zahl von Muslimen sieht die AfD eine große Gefahr für unseren Staat, unsere Gesellschaft und unsere Werteordnung.“ (49)

Der Islam gehört nicht zu Deutschland, Muslim*innen aber auch nicht. Die vermeintliche Ausbreitung des Islam und die angeblich ständig wachsende Zahl von Muslim*innen werden als *große Gefahr*

dargestellt. So wird der Eindruck einer schleichenden muslimischen Übernahme erweckt, ohne beispielsweise auf die religiösen Unterschiede zwischen den Muslim*innen einzugehen oder die hohe Zahl säkularisierter Muslim*innen zu erwähnen. Dies passt zu der rechts-extrem-identitären Propaganda, die deutsche Kulturnation werde von „Fremdvölkern“, Flüchtlingen und Muslim*innen verdrängt.

► **Die AfD nimmt eine feindliche Haltung zu den Muslimen ein. Sie kann keinesfalls bloß als islamkritisch bezeichnet werden. Denn trotz einiger Abschwächungen wird der Eindruck einer schleichenden muslimischen Übernahme erweckt.**



Beispiel 7

Geflüchtete bedeuten Unruhen und das Ende der deutschen Kultur?

„Eine Völkerwanderung historischen Ausmaßes fordert Europa heraus. [...] Echte Flüchtlinge will auch die AfD schützen, solange die Fluchtursache im Heimatland andauert. Irreguläre Migranten aber, die, anders als Flüchtlinge, nicht verfolgt werden, können keinen Flüchtlingsschutz beanspruchen.“ (59)

„Die überkommene Politik der großzügigen Asylgewährung im Wissen um massenhaften Missbrauch führt ... zu einer rasanten, unaufhaltsamen Besiedlung Europas, insbesondere Deutschlands, durch Menschen aus anderen Kulturen und Weltteilen. ... „Die AfD will ... die daraus entstehende Gefahr sozialer und religiöser Unruhen sowie eines schleichenden Erlöschens der europäischen Kulturen abwenden.“ (59)

Wie schon die Muslim*innen werden auch die Geflüchteten als Gefahr gesehen. Alarmistische Sprachbilder und Unterstellungen prägen die Aussagen. Es wird behauptet, die Politiker*innen gewährten *großzügig* Asyl trotz *massenhaften Missbrauchs*. Jeder erfolglose Antrag auf Asyl wird zum Missbrauch erklärt. Im Sinne des „Ethnopluralismus“ ist von einer *Besiedlung Europas* die Rede, Unruhen und das *schleichende Erlöschen der europäischen Kulturen* werden beschworen. Hier finden sich erneut zentrale Bestandteile rechtsextremer Ideologie wieder.

► **Die Aufnahme von Geflüchteten wird von der AfD vorwiegend als Missbrauch angesehen. Flucht und Migration werden im rechtsextremen Sinne als Besiedelung verstanden, die die deutsche Identität bedroht.**



Beispiel 8

Ist der Klimawandel nur ein Vorwand, um Freiheitsrechte abzubauen?

„Das Klima wandelt sich, solange die Erde existiert. ... Wir leben heute in einer Warmzeit mit Temperaturen ähnlich der mittelalterlichen und der römischen Warmzeit. Die IPCC-Modelle [der internationale Weltklimarat] können diese Klimaänderung nicht erklären. ... Unter dem Schlagwort ‚Klimaneutrales Deutschland 2050 durch Dekarbonisierung‘ missbraucht die deutsche Regierung die steigende CO²-Konzentration zur ‚Großen Transformation‘ der Gesellschaft, mit der Folge, dass die persönliche und wirtschaftliche Freiheit massiv eingeschränkt wird.“ (79)

Die AfD bestreitet, dass der Klimawandel menschengemacht ist. Hier werden Erkenntnisse der Wissenschaft negiert. Stattdessen wird behauptet, Maßnahmen zum Klimaschutz würden von der Regierung missbraucht, um Freiheitsrechte abzubauen. Insbesondere das vom Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung entwickelte Konzept einer „Großen Transformation“, das notwendige Veränderungen bei der Überwindung fossiler Brennstoffe beschreibt, wird umgedeutet. Bei der AfD ist es ein Instrument der Regierung, um Freiheitsrechte abzubauen. Das entspricht gängigen Verschwörungstheorien. Die Evangelische Kirche setzt sich demgegenüber klar für eine neue Klimapolitik ein.

► **Die unwissenschaftliche Leugnung des menschengemachten Klimawandels wird mit dem unbegründeten Vorwurf verbunden, die Regierung plane unter diesem Vorwand den Abbau von Freiheitsrechten.**

III. Provokation – Die Kommunikationsstrategie der AfD

Es ist in den letzten Jahren deutlich geworden, dass die Partei eine besondere Kommunikationsstrategie verfolgt. Zu beobachten sind provokative Äußerungen an der Grenze des demokratisch Sagbaren oder sogar des strafrechtlich Relevanten. Öffentliche Äußerungen, ihre Relativierung und die anschließende Kritik der Kritiker*innen bilden ein wiederkehrendes Muster. Das verschafft mediale Aufmerksamkeit.

Beispiele dafür gibt es viele. So forderte 2017 die damalige Bundestagsvorsitzende Frauke Petry: „Völkisch sollte wieder positiv besetzt werden.“ Im selben Jahr sprach Björn Höcke, Fraktionsvorsitzender im Thüringer Landtag, vom Berliner Holocaustdenkmal als einem „Denkmal der Schande“. Dazu passte die Bemerkung des Fraktionsvorsitzenden im Bundestag Alexander Gauland von 2018, „Hitler und die Nazis“ seien nur ein „Vogelschiss in über 1000 Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte“.

Solche Äußerungen sind kein Zufall. Das zeigte sich, als vor einigen Jahren das interne Papier „Die Strategie der AfD für das Wahljahr 2017“ bekannt wurde. Dort ist von „sorgfältig geplanten Provokationen“ die Rede. Ausdrücklich wird empfohlen, dass die AfD über Provokationen hinaus besser keine Problemlösungsvorschläge machen soll:

„Viele Wähler gehen nicht davon aus, dass die AfD selbst bei einer Regierungsbeteiligung die von ihr angesprochenen Probleme lösen kann.“ Es gehe nicht darum, „zu den zentralen Themen differenzierte Ausarbeitungen und technisch anspruchsvolle Lösungsmodelle vorzulegen oder zu verbreiten, die nur Spezialisten aus der politischen Klasse interessieren, die Wähler aber überfordern.“ Wichtiger sei es, „den Finger in die Wunde der Altparteien zu legen, als sich in eine Expertendiskussion um Lösungsvorschläge zu verheddern.“

Und schließlich: *„Die AfD lebt gut mit ihrem Ruf als Tabubrecherin und Protestpartei.“*

Provokation und Skandalisierung statt sachgerechter Lösungen? In einer Demokratie widerspricht dies fundamental dem Wesen demokratischer Streitkultur, auch nach kirchlicher Überzeugung.

IV. Was nun? Folgerungen und Empfehlungen

Der demokratische Gehalt der „Alternative für Deutschland“ und ihr Verhältnis zur Menschenwürde sind defizitär und müssen kritisch beurteilt werden. Die Partei stellt Demokratie und Rechtsstaat grundsätzlich infrage, verunglimpft pauschal Muslim*innen und sieht Flüchtlinge als Gefahr. Sie ist stellenweise vom Denken der Neuen Rechten geprägt und vertritt sogar rassistische und völkisch-nationalistische Positionen.

Absichtsvoll verfolgt sie die Strategie, mit gezielten Provokationen das friedliche Zusammenleben im Land zu stören und sich nicht an der Suche nach sachlichen Lösungen zu beteiligen.

Die AfD hat eine grundlegende Distanz zur Demokratie nach dem Grundgesetz.

Dazu passt, dass der Bundesverfassungsschutz mittlerweile Teile der Partei nachrichtendienstlich beobachtet.

Vor diesem Hintergrund hat auch die Synode des Dortmunder Kirchenkreises bereits 2017 festgestellt:

„Rechtspopulismus ist für Christinnen und Christen keine Option. ... Der christliche Glaube verpflichtet uns, für die unveräußerliche Würde eines jeden Menschen und für ein friedliches Miteinander einzutreten. Aus demselben Grund können wir heute nicht tatenlos zuschauen, wenn auf andere Weise die Grundwerte eines demokratischen Miteinanders infrage gestellt werden. ... Nationalismus und Fremdenhass sind mit dem christlichen Glauben unvereinbar.“

Daraus ergeben sich einige Empfehlungen zum Umgang mit der AfD im Bereich der Kirche:

Grundsätzlich empfiehlt sich die Unterscheidung zwischen

- **seelsorglicher Situation**, in der es um das persönliche Gespräch und seelsorgliche Zugewandtheit geht, und
- **öffentlicher Situation**, die Positionierung nach innen und außen mit der erforderlichen Klarheit erfordert.

Zu konkreten Fragestellungen wird empfohlen:

- Kirchlichen Trägern empfehlen wir, genau zu bedenken, ob sie kirchliche **Räume** an die AfD und ihre Unterorganisationen vermieten. Solange die Partei nicht die kritisierten Positionen überdenkt, sollte ihr in kirchlichen Räumen kein Gastrecht gewährt werden.
- Kirchengemeinden und kirchliche Dienste bitten wir, genau zu prüfen, ob sie offiziellen Vertreter*innen der AfD in kirchlichen **Veranstaltungen** wirklich eine Bühne bieten wollen.
 - Mit dieser Partei müssen zuerst Grundsatzfragen nach Demokratie und Menschenwürde geklärt werden, bevor man Sachfragen diskutieren kann. Eine Einladung nach dem Grundsatz, man wolle demokratisch alle Seiten hören, verkennt das.
 - Bei dieser Partei ist mit Provokationen statt einer demokratischen Diskussion über sachliche Lösungen zu rechnen.
 - Die Absicht, in einer kirchlichen Veranstaltung die fragwürdigen Ziele der Partei zu entlarven, ist schwer umzusetzen.

Falls kirchliche Träger AfD-Vertreter*innen nicht einladen wollen, sollten sie nicht die ganze Veranstaltung absagen. Besser ist es, die Entscheidung inhaltlich zu begründen.

- Wenn sich kirchliche Gliederungen an **Versammlungen** gegen AfD-Veranstaltungen beteiligen, sollten sie deutlich machen, warum sie es tun. Es ist insbesondere zwischen dem Protest gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus zu unterscheiden.
- Die Bürgerinnen und Bürger, die die Partei vielleicht **aus Protest wählen** wollen, bitten wir zu bedenken, welche Kräfte sie damit unterstützen. Lesen Sie das Parteiprogramm der AfD – es zeigt sehr deutlich, wes Geistes Kind diese Partei ist.

Grundsätzlich ist zu fragen, ob die AfD für Christinnen und Christen überhaupt wählbar ist. Leitwerte, an denen sich Christ*innen orientieren, sind die universalistische Geltung der Menschenwürde, Demokratie und Minderheitenschutz. Schaut man auf die Beispiele aus dem Grundsatzprogramm, dann erscheint die Partei für Christ*innen nicht wählbar. Denn: „Rechtspopulismus ist für Christinnen und Christen keine Option.“

Dieser Flyer ist die zweite, überarbeitete Auflage von 2017. Sie können ihn auch in größeren Stückzahlen bestellen.

Eine Langfassung mit vollständigem Text ist unter dem Titel **Orientierungshilfe** erschienen, und kann auch gedruckt bestellt werden.

Sie ist digital abrufbar unter:

www.ev-kirche-dortmund.de sowie

www.christen-rechts.de.



KONTAKT/BESTELLUNGEN:

Evangelischer Kirchenkreis Dortmund,
Referat für Gesellschaftliche Verantwortung,
Jägerstr. 5, 44145 Dortmund, rgv@ekkdo.de,
0231/8494-373.

IMPRESSUM:

Evangelischer Kirchenkreis Dortmund, Synodalausschuss für Gesellschaftliche Verantwortung unter Mitwirkung von Superintendentin Heike Proske

Redaktion: Facharbeitsgruppe Rechtsextremismus
(Dr. Friedrich Gnad, Pfr. Christian Höfener-Wolf, Sabine Fleiter, Diane Spitz, Pfr. Friedrich Stiller [V.i.S.d.P.], Rainer Zunder †)

Dortmund, im August 2020